

Preussische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

Die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Im Gong Halle

Jahrg. 218 Nr. 30 a

Hauspreis monatlich 2 G.M. einschließlich Zustellungsgeld...
Abonnementspreis halbjährlich 10 G.M. ...
Halle-Str. 4/62, Fernruf. Zentrale 7801, ...

Halle - Saale
Donnerstag, 5. Februar 1925

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 10 mm breite min-Großzeile: 12 Pfennig. ...
Bei part. und Berlia. Fernruf. Str. 30. Fernruf. Am Kurierstr. 9390

Vortsetzung der Handelsvertrags-Verhandlungen Die Prüfung der deutschen Antwortnote

Die neuen Vertrags-Verhandlungen in Paris

Paris, 4. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)
Der Handelsminister Magnan hat heute vormittag die Prüfung der deutschen Antwortnote begonnen. ...
Die deutsche Delegation erklärte sich von den technischen Bedingungen zu den früheren französischen Vorschlägen bereit. ...
Die deutsche Antwort enthält eine ausführliche Zusammenfassung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen. ...
Paris, 4. Februar.
Der Handelsminister Magnan hat heute vormittag die Prüfung der deutschen Antwortnote begonnen. ...

selben Delegationen morgen (Donnerstag) nachmittags zu einer Sitzung zusammenzutreten. ...
Der „Antantist“ meint, daß die deutsche Antwort vom (Donnerstag) veröffentlicht wird. ...
Der „Antantist“ meint, daß die deutsche Antwort vom (Donnerstag) veröffentlicht wird. ...

8. Weiterhin müssen die Länder für sich und ihre Gemeinden zur teilweisen Bedienung der Schulden in ihren Haushalten vom 1. April 1925 ab eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über 20 Prozent fordern. ...
4. Mit Rücksicht auf die Forderung der völligen Rückübertragung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer befristet sich das Reich für das Rechnungsjahr 1925 auf eine Uebertragungsregelung in dieser beiden Steuern. ...
5. Soweit die Länder an dem Ertrag von Reichsteuern beteiligt sind, muß gewährleistet werden, daß der Ertrag über die Renumerierung der Steuererheber nicht ohne Zustimmung des Reichstages erfolgen dürfte.

Die Uebergabe des Schlussberichtes der Kontrollkommission

Paris, 4. Februar.
„Echo de Paris“ erfährt aus Berlin, daß General Walch und der Vorsitzende der deutschen Militärkommission am 14. Februar die Kontrollkommission der Einkommen- und Körperschaftsteuer persönlich übergeben werden. ...
Die Kontrollkommission erbrachte den Nachweis, daß die deutschen Militärbehörden alle Kontrollberichte in Materialis tabulari (I) und dadurch die wirksame Durchführung der Generalinspektion verhindert hätten.

Der Inhalt der Ruhestreitigkeits-Deutschrift

Berlin, 4. Februar.
Ein Berliner Mitteilungsblatt gibt in längerem Ausführenden die Grundzüge der Deutschrift der Reichsregierung zur Frage der Ruhestreitigkeiten wieder, die nach ihrem Inhalt den Beziehungen zwischen den Interessenten folgende Punkte u. a. enthält:
1. Es ist nicht möglich, dem 20. Dezember und jetzt ein Betrag von 645 bzw. 715 Millionen ausgezahlt werden, sondern diese Zahlungen erfordern sich in der Hauptsache über mehr als 18 Monate zu erstrecken.
2. Es sind keine weiteren Zusätzlungen aus die Interessentenvertretungen der beteiligten Großindustrie besetzt werden.
3. Die Interessen der kleinen Geschäftigen sind bei dieser Regelung keineswegs berücksichtigt, sondern ausschließlich in vollem Umfang berücksichtigt werden.
4. Die Zusammenbände an die Industrie sind nicht selbständig und unabhängig vom Kabinett oder den beteiligten Ministereien, sondern im Zusammenwirken mit den von langer Hand dafür geschaffenen Aufsichtsräten, Verbänden und Sachverständigen festzustellen.
5. Es handelt sich hier nicht um ein Novum, etwa um Herausnahme einer einzelnen Kategorie von Beschäftigten des Reiches, die gegenüber älteren Reichs- und Staatsbürgern bevorzugt werden, sondern um einen Teil der Reparationsanforderungen, die genau nach dem Vorgange anderer Kabinette und beschaffen werden müßten.
Zusammenhängend ergibt sich etwa folgendes Bild: Die Bewilligung des Reiches zur Zahlung der an die Mühen unter Bezug auf Vertrag von den Verlierern kostenfrei zu liefern und über beschlagene Waren ist vom Kabinett bestimmt worden, bei Wahrung des Neutralitätsprinzips anzunehmen. Die ersten Lasten muß die Industrie selbst finanzieren. Später, als sich immer größere Schwierigkeiten ergaben, geschah die Unterstützung des Reiches durch Vermittlung von Krediten, dann durch Garantien, schließlich, als die Reichsbetriebe wieder Geld hatten, durch Erträge von Zölle- und anderen Geldern als vorläufige Darlehen auf die Reparationsanforderung der Verlierer nach Ausweis des unmittelbarem Bedarfs. Seitdem das Reich die Verpflichtungen zu erfüllen in der Lage ist, sind Verhandlungen mit den Interessentenvertretern über die Aufhebung im Gange und zwar seit etwa September-Ende vorigen Jahres. Gegenüber den insoweit geforderten Summen ist eine Verminderung um 20-30 Prozent durchgesetzt worden. Durch die bekannte Verordnung vom 20. Dezember ist nur die Durchzahlung des in Anrechnung auf die früheren Zahlungen des Reiches noch verbleibenden Betrages angesetzt worden. Dabei handelt es sich um die gesamte Schadenindustrie auf die von den 715 Millionen auf 550 Millionen, um einen Rest von 180 Millionen, von dem aber auch nur ein kleiner Teil der an die Industrie beschuldigt werden, während der größere Teil zur Milderung der betroffenen Schadenindustrie dienen muß. Die kleineren Interessenten sind insofern besonders begünstigt worden, als der Währungs- und ihrer Interessenvertretung als erster im Anfang Dezember durchgeführt wurde.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder

Der Reichsfinanzminister über den Finanzausgleich

Berlin, 4. Februar.
Am Reichsfinanzministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers der Schiedsleute eine Konferenz der Finanzminister der Länder zusammen. ...
Es wäre eine Ueberreizung zu erlauben über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundfragen, die den Reich, Länder und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht nur im nächsten Haushaltsjahre, sondern auf lange Zeit hinaus betreffen kann. ...
Im Reichsfinanzministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers der Schiedsleute eine Konferenz der Finanzminister der Länder zusammen. ...

Eine Verteilung scheint in der Weise angedacht, daß das Reich an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer mit 33 1/2 Prozent und an der Umsatzsteuer mit 70 Prozent, die Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 66 1/2 Prozent und an der Umsatzsteuer mit 30 Prozent beteiligt werden. ...

Die Entschließung der Finanzminister der Länder

Berlin, 4. Februar.
Vor der heutigen Besprechung im Reichsfinanzministerium haben gestern die Finanzminister der Länder zu dem Frage des Finanzausgleiches folgende Entschließung gefaßt:
1. Der bisherige Steuerzustand ist, wie sich aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers der Finanzen im Ausschuss des Reichstages ergibt, nicht ausreichen des Reiches und ungenügend der Länder und Gemeinden angelegentlich. ...
2. Es handelt sich hier nicht um ein Novum, etwa um Herausnahme einer einzelnen Kategorie von Beschäftigten des Reiches, die gegenüber älteren Reichs- und Staatsbürgern bevorzugt werden, sondern um einen Teil der Reparationsanforderungen, die genau nach dem Vorgange anderer Kabinette und beschaffen werden müßten.
3. Die Zusammenbände an die Industrie sind nicht selbständig und unabhängig vom Kabinett oder den beteiligten Ministereien, sondern im Zusammenwirken mit den von langer Hand dafür geschaffenen Aufsichtsräten, Verbänden und Sachverständigen festzustellen.
4. Die Zusammenbände an die Industrie sind nicht selbständig und unabhängig vom Kabinett oder den beteiligten Ministereien, sondern im Zusammenwirken mit den von langer Hand dafür geschaffenen Aufsichtsräten, Verbänden und Sachverständigen festzustellen.
5. Es handelt sich hier nicht um ein Novum, etwa um Herausnahme einer einzelnen Kategorie von Beschäftigten des Reiches, die gegenüber älteren Reichs- und Staatsbürgern bevorzugt werden, sondern um einen Teil der Reparationsanforderungen, die genau nach dem Vorgange anderer Kabinette und beschaffen werden müßten.

Das Preußenkleid

Berlin, 4. Februar.
Ein Tag nach dem andern berichtet, ohne daß endlich eine Mitteilung in Dresden herbeigekommen wäre, Herr Braun, dessen Angelegenheit in Berlin heute abend erörtert, hängt anknüpfend noch an dem Etrochstein feiner, bisher noch unentworbenen Frage an Herrn von Campe, ob die Deutsche Volkspartei vielleicht unter gewissen Bedingungen vorzuziehen und jüdischer Art bereit wäre, ein Kabinett der Reichsregierung zu bilden, was er ablehnt. ...

Die Entschließung der Finanzminister der Länder. Vor der heutigen Besprechung im Reichsfinanzministerium haben gestern die Finanzminister der Länder zu dem Frage des Finanzausgleiches folgende Entschließung gefaßt:
1. Der bisherige Steuerzustand ist, wie sich aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers der Finanzen im Ausschuss des Reichstages ergibt, nicht ausreichen des Reiches und ungenügend der Länder und Gemeinden angelegentlich. ...

Ein Tag nach dem andern berichtet, ohne daß endlich eine Mitteilung in Dresden herbeigekommen wäre, Herr Braun, dessen Angelegenheit in Berlin heute abend erörtert, hängt anknüpfend noch an dem Etrochstein feiner, bisher noch unentworbenen Frage an Herrn von Campe, ob die Deutsche Volkspartei vielleicht unter gewissen Bedingungen vorzuziehen und jüdischer Art bereit wäre, ein Kabinett der Reichsregierung zu bilden, was er ablehnt. ...

